

SED-Opfer fühlen sich ausgeschlossen

Union der Opferverbände beklagt mangelnde Würdigung bei Einheitsfeiern in Potsdam

Potsdam. Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski (CDU), hat beklagt, dass die Opfer der SED-Diktatur bei den zentralen Feiern zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit, die in diesem Jahr in Potsdam stattfinden, keine Rolle spielten. „Bei den Feierlichkeiten kommen Hunderttausende Opfer der SED-Diktatur leider nicht vor“,

sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Dabei seien im Laufe der Existenz der DDR immerhin 250 000 Menschen aus

politischen Gründen inhaftiert worden. „Es gibt keine einzige Veranstaltung, die irgendetwas mit dem SED-Unrecht zu tun hat. Das ist schade. Denn es gehört auch zur deutschen Einheit. Corona ist da keine Ausrede.“

Dombrowski kritisierte den Vorsitzenden der Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, den ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD), persönlich. „Wir waren bei Herrn Platzeck, um uns mit ihm zu verständigen“, sagte er. „Das hat nicht

funktioniert.“ Allerdings sei die UOKG nicht wirklich enttäuscht. Schließlich sei Platzeck ein Gegner der deutschen Einheit gewesen und habe dem Einigungsvertrag seinerzeit gar nicht zugestimmt. „Dagegen freut sich niemand mehr über die Einheit als die

SED-Opfer“, so Dombrowski. Die UOKG ist der Dachverband von nach eigenen Angaben mehr als 30 Opferverbänden, Menschenrechtsorganisationen und Aufarbeitungsinstitutionen. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), sieht hingegen keine Versäumnisse.



Dieter Dombrowski

FOTO: MARKUS KRIEBELER

Bereits am Samstag wird

in Potsdam die Einheits-Expo „30 Jahre – 30 Tage – 30 x Deutschland“ eröffnet, sie läuft bis zum 4. Oktober.

Markus Decker